



Es ist eine dieser bitteren Lektionen, die sich durch die Geschichte ziehen wie ein roter Faden, nur leider keiner aus Samt, sondern aus Draht: Die Rechte des Menschen gelten immer – nur manchmal eben nicht für alle. Und manchmal auch nicht sofort. Und manchmal erst, wenn ein Gericht nach Monaten feststellt, dass man sie vielleicht doch hätte beachten sollen.

Willkommen im Jahr 2026.

Willkommen in einem Europa, das sich gern als Wiege der Aufklärung feiert – und dessen Polizeieinheiten gelegentlich auftreten, als hätten sie die letzten zweihundert Jahre einfach übersprungen. Der Fall Noisiel ist kein Einzelfall. Es ist ein Echo. Ein lautes, unangenehmes.

Man stelle sich das einmal ganz schlicht vor: Ein Mensch wird festgenommen. Ein Staat greift zu – mit all seiner Macht, all seiner Autorität, all seiner Gewaltmonopol-Logik. Und genau in diesem Moment, genau dann, gelten die Regeln am strengsten. Nicht lockerer. Nicht „situationsbedingt“. Sondern strenger. Weil der Staat eben nicht irgendein Akteur ist. Sondern derjenige, der die Spielregeln festlegt.

Oder festlegen sollte.

Doch offenbar gibt es Einsätze, bei denen das Grundgesetz – pardon, die französische Verfassung – kurz Pause macht. Eine Art rechtlicher Feierabend, eingeleitet mit Handschellen. Da wird geschlagen, gedrückt, fixiert, bis aus einem Verdächtigen ein Körper wird. Ein Objekt. Eine Sache.

Und später?

Dann beginnt das bekannte Theater.

Berichte werden geschrieben. Perspektiven verändert. Versionen gegeneinander gestellt. Plötzlich ist alles kompliziert. Alles grau. Alles irgendwie nachvollziehbar. Der Schlag war vielleicht notwendig. Der Griff vielleicht zu fest. Die Situation vielleicht angespannt. Vielleicht, vielleicht, vielleicht.

Man möchte fast applaudieren – so viel Verständnis für staatliche Überforderung.

Nur: Für den, der am Boden lag, war gab es kein vielleicht.

Es ist eine merkwürdige Schieflage. Auf der einen Seite der Bürger, der sich rechtstreu zu verhalten hat, jederzeit, kompromisslos. Auf der anderen Seite der Staat, der sich



gelegentlich Spielräume gönnt. Interpretationsräume. Dehnungsfugen der Gewalt.

Das nennt man dann Realität.

Oder, weniger freundlich formuliert: ein Problem.

Denn Rechte sind keine Gefälligkeiten. Sie sind keine Belohnung für gutes Benehmen. Und sie sind schon gar nicht verhandelbar in der Hitze eines Einsatzes. Wer das anders sieht, hat nicht verstanden, was ein Rechtsstaat ist – oder will es nicht verstehen.

Vielleicht liegt genau darin das eigentliche Drama dieses Falls. Nicht in der einzelnen Nacht, nicht in den einzelnen Schlägen. Sondern in der Selbstverständlichkeit, mit der so etwas immer wieder passieren kann.

Als wäre es Teil des Systems.

Als gehöre es dazu.

Dabei ist die Botschaft so simpel, dass sie fast banal klingt: Jeder Mensch hat Rechte. Punkt. Auch nachts. Auch bei einer Festnahme. Auch dann, wenn er unbequem ist.

Man sollte meinen, das sei längst gelernt.

Aber offenbar braucht es noch ein paar Prozesse mehr, bis sich diese Erkenntnis durchsetzt.

Wie unerquicklich.

Ein Kommentar von Daniel Ivers